

In der nun über ein Jahrzehnt andauernden intensiven Beziehung zwischen der EU und den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) des ehemaligen Ostblocks hat der Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU (WSA) oft kritisch festgestellt, dass die soziale Dimension im Heranführungsprozess unterbewertet blieb. So wurde auch in einem kürzlich vorgelegten Informationsbericht des WSA aufgezeigt, dass die Reformen in Osteuropa von Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau begleitet werden. Es ist davon auszugehen, dass es trotz der hohen amtlich bestätigten Arbeitslosigkeit darüber hinaus ein hoher Anteil versteckter Arbeitslosigkeit (vor allem in der Schwerindustrie, im Bergbau und in der Landwirtschaft) existiert.

Durch die hohe Arbeitslosigkeit und der notwendigen Budgetentlastungsstrategie werden die MOEL gezwungen, ihre Systeme der sozialen Sicherheit anzupassen. Besonders die Sozial- und Pensionsversicherungssysteme leiden unter den schwierigen Bedingungen einer straffen Haushaltspolitik.

In den Bereichen sozialer Dialog sowie öffentliche Verwaltung und Justiz zeigen sich in den MOEL erhebliche Probleme. Unter diesen schwierigen Umständen brauchen die MOEL-Staaten noch einige Zeit, um das EU-Recht im Sozialbereich sowie im Arbeitsrecht und Arbeitnehmerschutz umsetzen zu können.